

Antrag

der Abgeordneten Ulrich Oehme, Dietmar Friedhoff, Markus Frohnmaier, Stefan Keuter, Dr. Harald Weyel, Armin-Paulus Hampel, Dr. Anton Friesen, Marc Bernhard, Stephan Brandner, Marcus Bühl, Franziska Gminder, Kay Gottschalk, Martin Hess, Dr. Heiko Heßenkemper, Karsten Hilse, Nicole Höchst, Martin Hohmann, Jens Kestner, Norbert Kleinwächter, Jörn König, Dr. Lothar Maier, Andreas Mrosek, Christoph Neumann, Frank Pasemann, Tobias Matthias Peterka, Paul Viktor Podolay, Jürgen Pohl, Dr. Robby Schlund, Uwe Schulz, Detlev Spangenberg, Dr. Dirk Spaniel, Dr. Christian Wirth und der Fraktion der AfD

Bevölkerungspolitischer Strategiewechsel in der Entwicklungszusammenarbeit – An demografischer Dividende teilhaben und Genderpolitik beenden

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das Bevölkerungswachstum ist der entscheidende globale Megatrend, der nicht zuletzt ursächlich für Massenmigration ist. Leben derzeit etwa 7,7 Milliarden Menschen auf dem Planeten, werden es laut den Vereinten Nationen bis zum Jahr 2030 etwa 8,5 Milliarden und bis zum Jahr 2050 rund 9,7 Milliarden sein. Dabei findet das rapide Bevölkerungswachstum fast ausschließlich in Partnerstaaten der deutschen Entwicklungszusammenarbeit statt.

Die Bundesregierung reagiert entwicklungspolitisch darauf, indem sie sich im Rahmen der Förderbereiche Bevölkerungspolitik und reproduktive Gesundheit insbesondere mit dem Querschnittsbereich der „Geschlechtergleichstellung“ ineffektiver Maßnahmen bedient. Darüber hinaus besteht keine systematische Kontrolle der Gesamtwirkung der entsprechenden entwicklungspolitischen Anstrengungen. Schließlich stößt dieser bevölkerungspolitische Eingriff bei den betroffenen Gesellschaften zumeist auf Ablehnung. Der Förderbereich Bevölkerungspolitik der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit umfasst derzeit ein Auftragsvolumen von über 100.000.000 Euro.

Dem gegenüber steht das Modell des demografischen Übergangs, das die enge wechselseitige Verflechtung von Bevölkerungsdynamik und wirtschaftlicher Dynamik anerkennt: wirtschaftliche Entwicklung reduziert Kinderzahlen – und umgekehrt.

Der Übergang von wirtschaftlich armen und kinderreichen Gesellschaften zu kinderarmen Wohlstandsgesellschaften wirft in einem bestimmten Zeitfenster Gewinne in Form einer sogenannten demografischen Dividende ab. Die Dividende resultiert aus einem günstigen Verhältnis zwischen dem arbeitenden Teil einer Bevölkerung und demjenigen, der versorgt werden muss.

Dies anerkennend muss die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit entsprechenden Staaten zielgerichtet intensiviert werden, um an der demografischen Dividende teilzuhaben. Dadurch leistet die Bundesrepublik Deutschland einen Beitrag zur sozioökonomischen Modernisierung der Partnerstaaten und profitiert zugleich selbst davon.

Dieser Strategiewechsel ist angesichts des vorgelegten Reformkonzepts „BMZ 2030“ der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in jeder Hinsicht angezeigt.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. die Teilhabe an der demografischen Dividende von Partnerstaaten zum strategischen Ziel der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu machen,
 2. ein Konzept zu erarbeiten, welches das Modell des demografischen Übergangs nützt, um deutschen Unternehmen die Möglichkeit zu bieten, an der demografischen Dividende jeweiliger Gesellschaften teilzuhaben und entsprechende Instrumente unterstützend bereitstellt, um
 - a) bei der Planung des Konzepts stets deutsche Interessen zu priorisieren,
 - b) auf einen ökonomischen Gewinn der deutschen Wirtschaft abzielen,
 - c) einen Indikator, wie etwa die Fertilitätsrate der jeweiligen Zielländer einzuführen, welcher deren Entwicklungsstand nachvollziehbar macht,
 - d) bei der Planung des Konzepts etwaige Partnerschaften mit entwicklungspolitisch tätigen Staaten zu berücksichtigen,
 - e) bei der Planung des Konzepts die anfallenden größeren Zeiträume zu berücksichtigen, gleichwohl etwaige Ausstiegsoptionen nachzuhalten,
 - f) das Konzept in Abstimmung mit allen in Frage kommenden Ressorts der Bundesregierung zu erarbeiten,
 3. entsprechend den Forderungen der Nummern 1 und 2 sämtliche Programme, Projekte, Maßnahmen, Initiativen und Vorhaben der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, die dem strategischen Ziel widersprechen, insbesondere die „Geschlechtergleichstellung“ der Förderbereiche Bevölkerungspolitik und reproduktive Gesundheit, einzustellen,
 4. den Zusammenhang zwischen Bevölkerungsdynamik und wirtschaftlicher Dynamik national wie international zu thematisieren und in den Partnerstaaten der deutschen Entwicklungszusammenarbeit dafür zu werben, gesamtgesellschaftlich auf eine demografische Dividende hinzuarbeiten, um Frieden und Wohlstand zu fördern,
 5. den Austausch über Lernfortschritte und praktische Erfolge zwischen den infrage kommenden Staaten zu fördern.

Berlin, den 15. Mai 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion der AfD

Begründung

Die Weltbevölkerungsdynamik und die interventionistische Bevölkerungspolitik der deutschen Entwicklungszusammenarbeit

Die Vereinten Nationen gehen bis 2030 von einem Anstieg der Weltbevölkerung von heute 7,7 Milliarden auf etwa 8,5 Milliarden Menschen aus¹ und erwarten einen Anstieg bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts auf mehr als neun Milliarden.² Insbesondere der afrikanische Kontinent sticht hier laut dem Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung hervor: „Seit 1950 hat sich Afrikas Bevölkerung mehr als verfünffacht. Ein Ende des Wachstums ist, anders als im Rest der Welt, noch nicht in Sicht. Bis zur Mitte des Jahrhunderts dürfte die Zahl der Afrikaner von heute 1,3 auf 2,5 Milliarden Menschen ansteigen, sich also fast verdoppeln. Damit dürfte über die Hälfte des weltweiten Bevölkerungszuwachses in den kommenden 30 Jahren auf Afrika entfallen. Während heute weniger als ein Fünftel der Weltbevölkerung auf dem Kontinent lebt, dürfte es bis 2050 schon mehr als ein Viertel sein.“³ Dabei ist das starke Bevölkerungswachstum ursächlich für die Massenmigration.⁴

Damit gewinnt das Thema der globalen Bevölkerungszunahme stetig an Bedeutung, gleichwohl es tabuisiert wird. Bundesminister Dr. Gerd Müller äußerte sich dazu im Deutschlandfunk entsprechend: „Die Bevölkerungsentwicklung weltweit darf kein Tabu sein, denn die Bevölkerungsentwicklung löst ja viele Herausforderungen aus. Und wenn wir uns mal die Dramatik anschauen: Als ich geboren wurde, 1955, da lebten 3,5 Milliarden auf dem Planeten. Heute sind es 7,5. In dieser kurzen Zeit meiner Lebensspanne hat sich die Weltbevölkerung verdoppelt und jeden Tag kommen 230.000 Menschen neu dazu. Wenn man das hochrechnet, dann ist das im Jahr einmal Deutschland, die Bevölkerung, 80 Millionen. Einmal Deutschland kommt neu zusätzlich auf den Planeten und insbesondere in Afrika.“⁵ Entsprechend berücksichtigt wird dieses Thema auch im Abschlussbericht zum Reformkonzept der deutschen Entwicklungspolitik „BMZ 2030“.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit reagiert darauf mit Vorhaben und Maßnahmen in den relevanten Förderbereichen der Bevölkerungspolitik und der reproduktiven Gesundheit in Höhe von 1,592 Mrd. Euro für den Zeitraum von 2003 bis 2017.⁶ Dabei greift die Bundesregierung auch auf Maßnahmen zurück, die von den Antragstellern als interventionistisch aufgefasst werden, insofern sie in hohem Maße kulturell übergreifend sind. Ein Beispiel dafür ist die „Geschlechtergleichstellung“, wie sie im Positionspapier zur „Bevölkerungsdynamik in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit“ firmiert⁷ und als „Gleichberechtigung der Geschlechter“ in allen zwölf aktuellen⁸ Projekten der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) des bevölkerungspolitischen Sektors auftaucht und für wirksam befunden wird. Damit werden aus diesem Sektor, der ein Auftragsvolumen von über 100.000.000 Euro umfasst,⁹ genderpolitische Projekte mitfinanziert.

Damit korrespondierend empfinden die betroffenen Staaten Eingriffe in diesem Bereich zum Teil als späte Form des Kolonialismus. Die Gründe dafür sind unterschiedliche kulturelle und religiöse Wertevorstellungen zu Sexualität und Elternschaft. So sind unter anderem Schwangerschaftsabbrüche und sexuelle Rechte ein problematischer Aspekt. Strittig ist beispielsweise auch in vielen Staaten das Recht, in freier Wahl eine Ehe zu schließen und eine Familie zu gründen oder über die eigene Geschlechtsidentität und sexuelle Orientierung zu entscheiden.¹⁰

¹ Bundestagsdrucksache 19/12957, S. 7

² <https://www.bmz.de/de/service/glossar/B/bevoelkerungswachstum.html>

³ Kaps, Alisa; Klingholz, Reiner; Schewe, Ann-Kathrin: Afrikas demografische Vorreiter, Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Berlin 2019, S. 6

⁴ Aresin, Jana; Heiermann Carrasco, Adrian, Kaps, Elisa; Klingholz, Reiner: Europa als Ziel? Die Zukunft der globalen Migration, Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Berlin 2019, S. 6, 8

⁵ https://www.deutschlandfunk.de/un-weltbevoelkerungskonferenz-die-grosse-herausforderung.694.de.html?dram:article_id=463219

⁶ Bundestagsdrucksache 19/12957

⁷ Bevölkerungsdynamik in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, 2014, S. 8

⁸ Stand 06.05.2020

⁹ https://www.giz.de/projektdaten/index.action?request_locale=de_DE

¹⁰ Damm, Theresa, Müller, Ruth; Reinig, Alexandra; Kiziak, Tanja: Youth Can! – Warum sich Deutschland für eine aufgeklärte und gesunde Jugend in Afrika engagieren sollte, Deutsche Stiftung Weltbevölkerung, Hannover 2018, S. 28 f.

Zudem ist ein Effekt auf die Bevölkerungsentwicklung laut der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung entweder schwer evaluierbar oder wird schlichtweg nicht evaluiert, denn „ob die deutsche Entwicklungszusammenarbeit den Ansprüchen, die sie durch die Sektorkonzepte und Strategien an sich selbst stellt, tatsächlich gerecht wird, ist aus der öffentlichen Berichterstattung des BMZ kaum möglich zu beurteilen“.¹¹ Entsprechend kurzatmig und allgemein antwortet die Bundesregierung auf die Frage nach der erreichten Anzahl an Personen und dem Ergebnis des Schlussberichts: „Die Zielerreichung der Vorhaben wird anhand der Erreichung spezifischer Indikatoren, die nicht durchgängig personenbezogen sind, erfasst. Die Indikatoren sind abhängig von der Art des Vorhabens, dem Kontext und den verwendeten Instrumenten“.¹² Blickt man in die genannten GIZ-Projekte, so zeigt sich demgemäß, dass Indikatoren, die eine etwaige Wandlung der Bevölkerungsstruktur von Zielgesellschaften anzeigen könnten, wie beispielsweise die Fertilitätsrate, nicht aufgeführt werden.

Grundlage des wirtschafts- und bevölkerungspolitischen Strategiewechsels in der Entwicklungszusammenarbeit

Grundlage dieses Strategiewechsels ist die enge Verflechtung der wirtschaftlichen Dynamik mit der Dynamik des Bevölkerungswachstums beziehungsweise der Fertilität. Denn der Entwicklungsstand eines Landes hängt eng mit seiner Bevölkerungsstruktur zusammen. So hat sich kein einziges Land sozioökonomisch entwickelt, ohne dass parallel dazu die Geburtenrate zurückgegangen ist. Doch auch umgekehrt gilt, dass eine rapide wachsende Bevölkerung der Entwicklung abträglich ist, denn in praktisch allen Ländern, die sich bis heute sozioökonomisch kaum entwickelt haben, verharren die Kinderzahlen je Frau auf hohem Niveau. Das bedeutet, dass diejenigen Faktoren, welche sich hinsichtlich der Demografie auswirken, einen gleichsam entscheidenden Effekt auf die Entwicklung einer Gesellschaft haben. Das heißt: „Entwicklung reduziert Kinderzahlen – und umgekehrt“.¹³

Im Hinblick auf diesen Zusammenhang ist das Konzept der „demografischen Transition“ beziehungsweise des „demografischen Übergangs“ zentral. Historisch gilt hier vor allem Europa als Vorläufer, das auch Phasen mit starkem Bevölkerungswachstum durchlebte. Durch verbesserte Lebensbedingungen, medizinischen Fortschritt und sauberes Trinkwasser starben seit Anfang des 19. Jahrhunderts immer weniger Kinder, während die Kinderzahlen pro Frau zunächst hoch blieben.¹⁴ Nach einiger Zeit passte sich die Fertilitätsrate der gesunkenen Mortalitätsrate an und sank ebenfalls. Damit begann ein Prozess, der in jüngerer Zeit auch von den sogenannten Tigerstaaten vollzogen wurde.¹⁵ „Der Wunsch, die eigene Familiengröße zu beschränken, war bereits latent vorhanden oder wurde durch bessere Bildung und neue wirtschaftliche Perspektiven geweckt. Angebote zur Familienplanung machten es möglich, diesen Wunsch auch umzusetzen, und die Nachwuchszahlen sanken. Das wiederum setzte finanzielle Mittel für Gesundheit, Ernährung und Ausbildung in der Familie, aber auch auf staatlicher Seite frei. Weil damit die Entfaltungsmöglichkeiten für den einzelnen wuchsen, führte dies zu noch weniger Nachwuchs. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbesserten sich weiter, sodass Familie und Staat dafür sorgen konnten, dass die jüngste Generation noch gesünder und qualifizierter aufwachsen konnte, was zum weiteren Wirtschaftswachstum beitrug“.¹⁶

Davon ausgehend ist der demografische Übergang als ein global durchgängig wirkendes Phänomen zu betrachten: „Im Zuge ihrer sozioökonomischen Entwicklung durchlaufen alle Länder der Welt den demografischen Übergang – wenn auch zeitversetzt und mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten [...] Dieses Modell kann als einzige ökonomische Theorie den Entwicklungsweg aller Nationen von einer vorindustriellen Lebensweise hin zu einer modernen Gesellschaft beschreiben“.¹⁷ Elementarer Bestandteil eines erfolgreichen demografischen Übergangs ist

¹¹ Damm, Theresa, Müller, Ruth; Reinig, Alexandra; Kiziak, Tanja: Youth Can! – Warum sich Deutschland für eine aufgeklärte und gesunde Jugend in Afrika engagieren sollte, Deutsche Stiftung Weltbevölkerung, Hannover 2018, S. 43

¹² Bundestagsdrucksache 19/12957, S. 2

¹³ Sippel, Lilli; Kiziak, Tanja; Woellert, Franziska; Klingholz, Reiner: Afrikas demografische Herausforderung, Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Berlin 2011, S. 37

¹⁴ Ebd., S. 10

¹⁵ Kaps, Alisa; Klingholz, Reiner; Schewe, Ann-Kathrin: Afrikas demografische Vorreiter, Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Berlin 2019, S. 10

¹⁶ Sippel, Lilli; Kiziak, Tanja; Woellert, Franziska; Klingholz, Reiner: Afrikas demografische Herausforderung, Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Berlin 2011, S. 38

¹⁷ Kaps, Alisa; Klingholz, Reiner; Schewe, Ann-Kathrin: Afrikas demografische Vorreiter, Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Berlin 2019, S. 7f.

das Ausschöpfen einer demografischen Dividende, die wiederum auf einem demografischen Bonus beruht: „Dieses wirtschaftliche Entwicklungspotenzial kann sich durch eine veränderte Bevölkerungsstruktur ergeben. Eine solche entsteht, wenn in einer zuvor kinderreichen Gesellschaft die Menschen weniger Kinder als die Generation ihrer Eltern bekommen. Wenn die Nachwuchsjahrgänge kleiner werden, und nach einer Weile die jungen Erwachsenen im Erwerbsalter, die noch zu Zeiten höherer Kinderzahlen geboren wurden, die am stärksten besetzten Jahrgänge bilden. Für eine Volkswirtschaft kann diese Bevölkerungszusammensetzung vorteilhaft sein. Denn zum einen wächst dann der Anteil der arbeitsfähigen Menschen überproportional. Sie tragen, sofern sie eine Beschäftigung finden, zum Wirtschaftswachstum und zu staatlichen Steuereinnahmen bei. Zum anderen sinkt der Anteil der Kinder und Jugendlichen, welche mit Nahrung, Medizin und Schulmaterial versorgt sowie von Gesundheitspersonal und Lehrkräften betreut werden müssen. Pro Kopf stehen der Volkswirtschaft dadurch mehr Mittel zur Verfügung. Demografen bezeichnen diese Bevölkerungsstruktur als demografischen Bonus“.¹⁸ Der demografische Bonus entspricht demnach einem „Zeitfenster in der demografischen Entwicklung einer Gesellschaft zwischen Geburtenrückgang und Alterung“,¹⁹ welches in Gestalt eines verlangsamten Bevölkerungswachstums daher kommt und „eine einmalige Chance auf einen sozioökonomisch bedingten Entwicklungsschub, die sogenannte demografische Dividende“²⁰ bietet. „Um diesen Bonus nutzen zu können, müssen die erwerbsfähigen Menschen ausgebildet werden, Arbeit finden und ein möglichst langes und produktives Berufsleben führen, bevor sie selbst alt und abhängig werden. Gelingt einer Gesellschaft dies, wird der Bonus zur Dividende. Den Schlüssel zum Erfolg bilden dabei Investitionen in Bildung und in den Arbeitsmarkt“.²¹

Um von der demografischen Dividende profitieren zu können kommt es unbedingt darauf an das jeweilige Zeitfenster zu erkennen und zu nutzen. Dazu ist eine Verortung der jeweiligen Gesellschaften in den entsprechenden Phasen des demografischen Übergangs notwendig, denn gerade Afrika ist ein Kontinent von enormer Vielfalt. Auf einem Fünftel der gesamten Landmasse der Erde beherbergt er 54 Staaten, deren Bewohner ganz unterschiedliche Traditionen und Religionen pflegen und insgesamt über 2.000 unterschiedliche Sprachen sprechen. Man kann somit schlechterdings nicht von einer einheitlichen demografischen Situation Afrikas ausgehen, schließlich stehen die Länder des Kontinents an ganz unterschiedlichen Punkten ihres demografischen Wandels.²² Die Weltbank hat hierzu eine Einteilung in vier Phasen beziehungsweise vier Länderkategorien vorgenommen, die auf dem Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung und der Fertilitätsrate beruhen und jeweils ein unterschiedliches Potential einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit erkennen lassen. Die Staaten teilen sich entsprechend auf in „pre-dividend countries“, „early-dividend countries“, „late-dividend countries“ und „post-dividend countries“.²³

Strategiewechsel in der Bevölkerungspolitik der deutschen Entwicklungszusammenarbeit

Die Antragsteller fordern die Bundesregierung dazu auf, im Bereich der Bevölkerungspolitik den Einsatz von Maßnahmen und Instrumente einzustellen, welche einerseits die Kultur der Zielländer zu wenig respektieren und entsprechend als übergriffig zu werten sind und andererseits ohnehin keinen nachweisbaren Effekt auf die Bevölkerungsstruktur der Zielländer haben. Im Gegensatz dazu, muss es gelingen, an dem Erfolg von Gesellschaften teilzuhaben, die bereits eine eigene produktive Handhabe mit ihrer Bevölkerungsdynamik gefunden haben. Dieser Erfolg drückt sich in einer demografischen Dividende aus, die im Sinne der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zum Vorteil Deutschlands sowie des jeweiligen Partnerstaates genützt werden muss. Der Strategiewechsel der deutschen Entwicklungszusammenarbeit im Bereich der Bevölkerungspolitik beinhaltet nach dem Willen der

¹⁸ Damm, Theresa, Müller, Ruth; Reinig, Alexandra; Kiziak, Tanja: Youth Can! – Warum sich Deutschland für eine aufgeklärte und gesunde Jugend in Afrika engagieren sollte, Deutsche Stiftung Weltbevölkerung, Hannover 2018, S. 22 f.

¹⁹ Sippel, Lilli; Kiziak, Tanja; Woellert, Franziska; Klingholz, Reiner: Afrikas demografische Herausforderung, Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Berlin 2011, S. 11

²⁰ Damm, Theresa, Müller, Ruth; Reinig, Alexandra; Kiziak, Tanja: Youth Can! – Warum sich Deutschland für eine aufgeklärte und gesunde Jugend in Afrika engagieren sollte, Deutsche Stiftung Weltbevölkerung, Hannover 2018, S. 22 f.

²¹ Sippel, Lilli; Kiziak, Tanja; Woellert, Franziska; Klingholz, Reiner: Afrikas demografische Herausforderung, Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Berlin 2011, S. 11

²² Kaps, Alisa; Klingholz, Reiner; Schewe, Ann-Kathrin: Afrikas demografische Vorreiter, Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Berlin 2019, S. 16

²³ Anthony, David; You, Danzhen; Hug, Lucia; Beise, Jan; Choi, Yoonie; Lee, Sinae; Mshvidobadze, Anastasia: Generation 2030 – Africa 2.0, UNICEF, New York 2017, S. 4

Antragsteller folgliche die Abkehr von der gegenwärtigen, ausgabenorientierten und ineffektiven Interventionspolitik und die Hinwendung zu einem wohlstandsorientierten und die Selbstbestimmung der Zielländer respektierenden Konzept, mit dem Fokus auf die Bereitstellung von Instrumenten, welche die Teilhabe der Bundesrepublik an der demografischen Dividende der Partnerländer ermöglichen. Dieses bevölkerungspolitische Konzept bleibt nach Auffassung der Antragsteller dabei grundsätzlich offen für weitere effektive Instrumente, welche die Interessen Deutschlands und des jeweiligen Partnerlandes berücksichtigen.

